Ittigen
ehrlich
engagiert
stark

Mai 2009
Nr. 128

Mitteilungsblatt Gemeinde Ittigen

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger

In neuer Zusammensetzung haben Gemeinderat und Kommissionen Anfang 2009 die Arbeit in der Legislatur 2009 – 2012 aufgenommen. Inzwischen ist die «Schonzeit» der ersten hundert Tage vorbei. Der Legislaturstart erfolgte in einem national und international sehr unsicheren Umfeld. Wir haben erlebt, wie eine Finanzkrise zu einer weltweiten Wirtschaftskrise eskalierte. Vieles, das gestern noch galt, gilt heute nicht mehr. So passierten Dinge, die vor zwölf Monaten noch undenkbar waren. Die Gemeinde selber steht dabei in vielen Bereichen für Normalität, für Kontinuität und die Zuversicht, dass es weitergeht.

Die Arbeit hat einen zentralen Stellenwert im Leben eines Menschen. Wir leben für das, was wir tun. Verlieren wir unsere Arbeit, trifft uns dies finanziell aber auch ganz persönlich. Was kommt noch, wie werde ich persönlich noch betroffen sein? Viele Fragen sind offen. Schwierig abzuschätzen ist auch, welche Auswirkungen die globale Krise auf die Gemeinde haben wird. Wichtig ist in dieser Situation, über nötige Instrumente und Mittel zu verfügen, um dort, wo es unsere Aufgabe ist, helfen und unterstützen zu können. Mehrbelastungen im Bereich der Sozialdienste, dem Arbeitsamt und der AHV-Ausgleichskasse sind bereits da, weitere sind zu erwarten. Von allen Betroffenen ist in diesen Bereichen mehr Geduld und Verständnis gefordert.

Die Gemeinde Ittigen konnte in den letzten Jahren ihre finanzielle Stärke festigen und ausbauen. Eine solide Eigenkapitalbasis, tiefe mittel- und langfristige Schulden, genügend Rückstellungen für allfällige Steuereinbrüche von Unternehmen, ausgebaute Infrastrukturen und ein tiefer Steuerfuss, sind solide und ausgezeichnete Grundlagen. Mit diesen ist es möglich, Herausforderungen in unsicheren und schwierigeren Zeiten zu meistern. Mit zwei weiteren Massnahmen will der Gemeinderat der momentanen Situation zudem Rechnung tragen: mit einem konjunkturellen Investitionsprogramm im Hoch- und Tiefbaubereich und einer weiteren Steuersenkung auf das Jahr 2010. Durch das Investitionsprogramm erhält das örtliche Gewerbe Aufträge und kann so indirekt Arbeitsplätze erhalten. Mit der geplanten Steuersenkung ist es zudem möglich, Ihnen liebe Steuerzahlende, etwas vom Gewinn 2008 weiter zu gegeben und so Ihr Haushaltbudget zu entlasten. Über eine weitere Massnahme hat die Gemeindeversammlung im Dezember 2009 zu befinden.

2008 feierte Ittigen die 25-jährige Eigenständigkeit. Im letzten Vierteljahrhundert ist der Umsatz des Gemeindehaushalts auf rund 60 Mio. Franken angestiegen. Im 1983 waren es 20 Mio. Franken, also dreimal weniger! Dies zeigt deutlich auf: die Gemeindeaufgaben sind bedeutend umfangreicher und oft auch aufwändiger geworden.

Wo legt der Gemeinderat den mittelfristigen Fokus? In der Nachhaltigkeit und dem konsequenten Umsetzen der Legislaturziele 2009 – 2012. Die Ziele basieren auf den Grundlagen des Ittiger Führungsmodells IFM, also der Mission (Slogan), der Vision und dem Leitbild. Um die definierten Ziele erreichen zu können, sind sie gemeinsam anzugehen. Gemeinsam mit Ihnen, allen Behörden und den Mitarbeitenden. Die Ansprüche und Erwartungen an die Mitarbeitenden der Gemeinde sind dabei hoch. Die Kunst wird zudem sein, das Richtige richtig zu tun. Dabei soll unser Slogan stets wegleitend sein: Ittigen – ehrlich, engagiert, stark. Oder, wie das geflügelte Wort des neuen amerikanischen Präsidenten uns sagt: «Yes, we can».

Beat Giauque, Gemeindepräsident

Die Gemeindeversammlung findet am Mittwoch, 10. Juni 2009, 19.30 Uhr, in der Aula der Primarschulanlage Altikofen, Worblaufen, statt.

Es werden folgende Geschäfte behandelt:

TRAKTANDEN

1. **Gemeinderechnung / Ergebnisse 2008** – Kenntnisnahme, Beratung und Genehmigung

2. **Erhöhung Stellenetat** – Beratung und Beschlussfassung

3. **Kreditabrechnung «Schulen an das Gemeindenetz»** – Kenntnisnahme

4. **Verschiedenes**

Die Unterlagen zu den einzelnen Geschäften liegen während 30 Tagen vor der Versammlung beim Dienstleistungszentrum der Gemeinde, Rain 7, öffentlich auf.
Gegen die Beschlüsse der Gemeindeversammlung kann bis spätestens 30 Tage nach der Versammlung beim Regierungsstatthalteramt Bern, Amthaus, 3011 Bern, Gemeindebeschwerde erhoben werden.

Vorschau

Die Rechnung 2008 schliesst exzellent ab und wird erstmals gegliedert nach Produktegruppen präsentiert. Die Abteilung Soziales ist überlastet, sie soll mehr personelle Ressourcen erhalten. Neu geschaffen werden soll zudem eine Stelle im Bereich Tiefbau und Gemeindebetriebe. Die Schulen sind seit Herbst 2008 in die ICT-Infrastruktur der Gemeinde eingebunden. Das Projekt «Schulen an das Gemeindenetz» ist abgeschlossen. Um diese drei Geschäfte geht es an der bevorstehenden Gemeindeversammlung. Über zwei der Traktanden haben Sie zu beschliessen, eines können Sie lediglich zur Kenntnis nehmen.

Die Rechnung 2008 schliesst rund 7,7 Mio. Franken besser ab als budgetiert: das freut uns und sicher auch Sie. Zusammen mit diesem hervorragenden Resultat erstatten wir Ihnen erstmals Bericht über die Ergebnisse in den einzelnen Produktegruppen. Sind die Zielsetzungen in den neun Produktegruppen erfüllt, mit welchen Nettoergebnissen schliessen sie ab? In der Botschaft zur Gemeinderechnung und zu den Ergebnissen 2008 sowie an der Gemeindeversammlung selber, erfahren Sie mehr.

Die Fallzahlen in der Sozialberatung sind erneut angestiegen. Ausgehend von der aktuellen Wirtschaftssituation ist kein Rückgang zu erwarten. Im Gegenteil, es ist mit einer weiteren Zunahme zu rechnen. Die Abteilung Soziales ist ausgehend davon nicht mehr in der Lage, ihren Auftrag mit den bewilligten personellen Ressourcen zu erfüllen. Sie benötigt zusätzlich 2,1 Stellen. Die Funktion des Brunnenmeisters wird seit drei Jahrzehnten im Auftragsverhältnis ausgeführt. Dies soll sich ändern. Geplant ist, die Aufgaben zukünftig betriebsintern abzudecken, um Synergien nutzen, personelle Engpässe eliminieren und gewisse organisatorische Anpassungen in der Abteilung Bau vornehmen zu können. Um die in der Abteilung Soziales fehlenden personellen Ressourcen bereitstellen und das in der Abteilung Bau Geplante umsetzen zu können, sind zusätzlich 2,9 Stellen bzw. das Erhöhen des Stellenetats von 58 auf 60,9 Stellen notwendig. Die Folgekosten daraus sind gering. Dies, weil das Aufstocken in der Abteilung Soziales grösstenteils durch die Lastenverteilung Fürsorge finanziert wird und in der Abteilung Bau bisherige Honorarkosten wegfallen werden.

Die Kreditabrechnung zum Projekt «Schulen an das Gemeindenetz» liegt vor. Sie schliesst mit einer Kreditüberschreitung von 0,13 % ab.

Hoffentlich sind Sie am 10.06.2009 auch dabei. Der neue Gemeindeversammlungspräsident, Marco Rupp, und wir freuen uns auf Sie und auf Ihr aktives Mitwirken.

Gemeinderat Ittigen

Stimmausweis

Das Zustellkuvert mit der Zahl 10 gilt als Stimmausweis und berechtigt zum Besuch der Gemeindeversammlung.

1. **Gemeinderechnung / Ergebnisse 2008** – Kenntnisnahme, Beratung und Genehmigung

Zusammen mit dem Mitteilungsblatt erhalten Sie eine separate Botschaft des Gemeinderats zur Gemeinderechnung und zu den Ergebnissen 2008. Ausgehend vom neuen Ittiger Führungsmodell IFM erfolgt die Berichterstattung zur Rechnung 2008 erstmals in anderer Form.

In der Botschaft werden Sie im Detail über die Ergebnisse der Wirkungs- und Leistungsziele in den Produktegruppen sowie über deren Preis informiert. Sowohl finanziell wie auch bezogen auf die Zielsetzungen zeigen die Gruppen ein positives Bild.

Die Rechnung 2008 schliesst um Fr. 7'705'232.– besser ab als erwartet: ein überaus erfreuliches Ergebnis.

Darstellung der Rechnung 2008

Aufwand (vor Abschreibungen Verwaltungsvermögen)		52'218'713.66
Ertrag		62'287'761.80
Selbstfinanzierung		**10'069'048.14**

Abschreibungen harmonisiert Verwaltungsvermögen		– 1'838'805.29
Übrige Abschreibungen Finanzvermögen		– 305'010.85
Abschlussgestaltung in Kompetenz Gemeinderat		– 220'000.00
ALP Grauholz (Jugendliche)	*– 30'000.00*	
Schüler Ittigen-Schulen (Kinder und Jugendliche)	*– 30'000.00*	
Schulorganisation Gemeinde Guggisberg (Kinder und Jugendliche)	*– 30'000.00*	
Verein «ds Blaue Bähnli», Beitrag an Restauration	*– 50'000.00*	
Gemeindepersonal, Sonderprämie	*– 80'000.00*	
Ergebnis I		**7'705'232.00**

Abschlussgestaltung in Kompetenz Gemeindeversammlung		
Zusätzliche Abschreibungen Verwaltungsvermögen		– 4'548'676.85
Ergebnis II		**3'156'555.15**

Übertrag in das Eigenkapital		– 3'156'555.15
Ergebnis III		**0.00**

Das Ergebnis widerspiegelt den momentan sehr gesunden Finanzhaushalt der Gemeinde.

Die Kinder- und Jugendfachstelle hat sich in der Liegenschaft «Worblentalstrasse 44» einquartiert. Die Ara-Strasse 7 wird seit einiger Zeit ausschliesslich nur noch als Jugendhaus genutzt. Beide Liegenschaften dienen der Gemeinde dadurch zum Erfüllen ihrer Aufgaben. Das bedeutet, dass sie vom Finanz- in das Verwaltungsvermögen zu übertragen sind. Der Übertrag von Finanz- in das Verwaltungsvermögen richtet sich ausgehend von Artikel 104 der kantonalen Gemeindeverordnung nach der Kompetenzordnung. Die Liegenschaftswerte betragen über 0,4 Mio. Franken. Das bedeutet, dass die Gemeindeversammlung den Übertrag zu beschliessen hat.

Ebenfalls separat zu beschliessen sind die vom Gemeinderat beantragten zusätzlichen Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen und das Äufnen des Eigenkapitals. Die zusätzlichen Abschreibungen im Umfange von rund 4,5 Mio. Franken werden den zukünftigen Finanzhaushalt merklich entlasten. Mit dem erhöhten Eigenkapital ist es zudem möglich, eine sehr solide finanzielle Basis zu schaffen.

Stellungnahme der Geschäftsprüfungskommission
Die GPK hat mit Interesse vom ausgezeichneten Rechnungsabschluss 2008 mitsamt den ausserordentlichen Ertragskomponenten Kenntnis genommen. Sie bekräftigt die finanziell überdurchschnittlich positive Gesamtverfassung des Gemeindehaushalts.

In ihrer Eigenschaft und Funktion als Ergebnisprüfungsorgan hat die GPK erstmals die in neun Produktegruppen gegliederte Berichterstattung des Gemeinderats hinsichtlich Erreichung der Wirkungs- und Leistungsziele geprüft.

Nach festgelegtem Mehrjahresprüfplan beschränkte sich die vertiefte Ergebnisprüfung im Berichtsjahr 2008 auf die Produktegruppen «04 Sicherheit» und «06 Hochbau». Bei diesen Produktegruppen erfolgte eine systematische Beurteilung, insbesondere über die Zweckmässigkeit der festgelegten

Kriterien, die Nachvollziehbarkeit der dokumentierten Ergebnisse sowie die formellen Anforderungen und die Angemessenheit der Standards. Die Prüfungshandlungen der GPK konzentrierten sich schwergewichtig auf einen qualitativen Dialog und Interviews mit den produktverantwortlichen Personen sowie auf mehrere sachbezogene Kontrollen und Stichproben der Reportingunterlagen. Die Nachvollziehbarkeit und Transparenz der ausgewiesenen Werte kann bestätigt werden. Bei den übrigen Produktegruppen erfolgte eine summarische Prüfung.

Die GPK bestätigt, dass die Berichterstattung des Gemeinderats richtig, nachvollziehbar und wahrheitsgetreu ist. Einzelne, bei der Prüfung festgestellte Änderungs- und Verbesserungsvorschläge gehen in Form einer separaten Empfehlung an den Gemeinderat.

Die GPK beantragt der Gemeindeversammlung, die Jahresrechnung 2008 mit dem Bericht des Gemeinderats über die Ergebnisse der einzelnen Produktegruppen zu genehmigen.

Antrag des Gemeinderats

1. *Die Überträge der Liegenschaften «Worblentalstrasse 44» und «Ara-Strasse 7» vom Finanz- in das Verwaltungsvermögen sind zu genehmigen.*
2. *Die übrigen Abschreibungen von Fr. 4'548'676.85 auf dem Verwaltungsvermögen sind zu genehmigen bzw. der erforderliche Nachkredit ist zu sprechen.*
3. *Der verbleibende Ertragsüberschuss von Fr. 3'156'555.15 ist in das Eigenkapital zu übertragen.*
4. *Die Jahresrechnung 2008, die bei Aufwendungen und Erträgen von Fr. 62'287'761.80 ausgeglichen abschliesst, ist zu genehmigen.*

2. **Erhöhung Stellenetat** – Beratung und Beschlussfassung

Am 07. 12. 2006 stimmte die Gemeindeversammlung der Erhöhung des Stellenetats um 2,5 auf 57,0 Stellen zu. Die zusätzlichen Stellen wurden bei der AHV-Zweigstelle (50 %), in der offenen Kinder- und Jugendarbeit (50 %), in der Sozialberatung (50 %) sowie bei den Schulhauswarten (100 %) geschaffen. Bedingt durch das Einbinden der Schulen in die ICT-Infrastruktur der Gemeinde haben die Stimmberechtigten am 04. 09. 2007 einer weiteren zusätzlichen Vollzeitstelle im Bereich Informatik zugestimmt.

Der bewilligte Stellenetat beträgt seit Herbst 2007 demnach 58,0 Stellen. Nun drängt sich ein weiteres Erhöhen auf. Davon betroffen ist erneut die Abteilung Soziales, Bereiche Sozialberatung und Dienstleistungen, und die Abteilung Bau, Bereich Tiefbau und Gemeindebetriebe. Was sind die Gründe?

Ausgehend von den konstant hohen Arbeitsbelastungen wurde die Firma BDO Visura letztes Jahr beauftragt, in verschiedenen Bereichen des Dienstleistungszentrums die Stellenkapazitäten zu überprüfen. Dabei haben sich Unterkapazitäten in verschiedenen Bereichen der Abteilung Gemeindeschreiberei, der Abteilung Soziales und der Abteilung Bau ergeben.

Geplant ist, die Unterkapazitäten in der Abteilung Gemeindeschreiberei durch Umorganisationen aufzufangen. Durch das Zentralisieren der Arbeiten im Zusammenhang mit Identitätskarten und Pässen werden bei der Abteilung Gemeindeschreiberei zudem Ressourcen im Umfange von rund 20 % frei. Geplant ist, diese zum gegebenen Zeitpunkt in die Abteilung Soziales zu transferieren.

Abteilung Soziales
Bestehende personelle Ressourcen administratives Personal seit 1996: 310 %
Vorgesehene Erhöhung im 2009: + 130 % auf ***440 %***

Bestehende personelle Ressourcen Fachpersonal seit 2007: 560 %
Vorgesehene Erhöhung im 2009: + 80 % auf ***640 %***

Bedingt durch erneut angestiegene Fallzahlen sowie die Entwicklung bei den Gefährdungsmeldungen, den vormundschaftlichen Massnahmen sowie der Bevorschussung und dem Inkasso von Alimenten, konnte die Abteilung

Soziales ihren Auftrag mit den bestehenden personellen Ressourcen nicht mehr erfüllen. Ausgehend davon wurde aushilfsweise zusätzliches Personal angestellt.

Dass definitiv zusätzliches Personal in der Abteilung Soziales notwendig ist, hat in der Zwischenzeit auch die Analyse der BDO Visura gezeigt. Sie bestätigt Unterkapazitäten in den Bereichen Support Sozialberatung, Krankenkassenwesen und Alimenteninkasso. Mit den im Stellenetat bewilligten Ressourcen ist es nicht mehr möglich, die laufenden Arbeiten und bestehenden Pendenzen zu erledigen und die Sozialarbeitenden zweckmässig zu unterstützen. Vergleiche mit anderen bernischen Gemeinden haben zudem aufgezeigt, dass die Administration in der Abteilung Soziales an der unteren Grenze liegt.

Geplant ist daher, im administrativen Bereich 130 % zusätzliche personelle Ressourcen zu schaffen. Wie oben erwähnt, ist es möglich, 20 % mittelfristig durch internes Verschieben von Ressourcen abzudecken. 110 % sind über den Etat neu zu schaffen.

Fachberatung – Trotz Erhöhung des Stellenetats Ende 2006 war es bereits im Jahr 2007 notwendig, die Sozialberatung zusätzlich mit 50 % Sozialarbeit zu verstärken. Dies wurde mit einer, von der kantonalen Gesundheits- und Fürsorgedirektion (GEF) bewilligten und lastenausgleichsberechtigten Aushilfestelle vorgenommen. Nun hat sich die Situation erneut zugespitzt. Durch die weitere Fallzunahme sowie die zunehmende Komplexität und Arbeitsintensität der Fälle, stösst die Fachberatung klar wieder an ihre Grenzen. Im Umfange von 30 % wurde daher kürzlich weiteres, durch die GEF noch nicht bewilligtes Fachpersonal aushilfsweise angestellt. Es ist davon auszugehen, dass die Bewilligung der GEF aufgrund der Fallzahlen erteilt wird und diese 30 % zukünftig ebenfalls über die Lastenverteilung Fürsorge finanziert werden können.

Die Fallzahlen haben sich in den letzten Jahren wie folgt entwickelt:

	2008	**2007**	**2006**	**2005**
Total bearbeitete Fälle	726	687	680	584

Die Fallzahlen 2008 bedeuten, dass das Fachpersonal pro Vollzeitstelle 119 Fälle zu bearbeiten hatte. Nach kantonalen Vorgaben werden 80 bis 100 Fälle pro Vollzeitstelle als angemessen erachtet.

Bedingt durch die aktuelle Wirtschaftslage ist kaum anzunehmen, dass sich die Fallzahlen reduzieren werden. Das Gegenteil wird voraussichtlich der Fall sein. Geplant ist daher, die bisherigen Aushilfestellen im Umfange von 80 % in definitive Stellen umzuwandeln. Damit reduziert sich die Fallbelastung pro Vollzeitstelle von 119 auf 113. Auch diese Zahl liegt noch weit über den Empfehlungen des Kantons.

Support Fachberatung – Das administrative Personal ist unterdotiert, die Sozialarbeitenden können seit langem nicht im notwendigen Umfange entlastet werden. Das Fachpersonal kann sich dadurch nicht auf die effektive Kernaufgabe, das Abklären, Beraten und Begleiten der Klientinnen und Klienten, konzentrieren. Um die Situation etwas zu entschärfen, ist seit einiger Zeit eine Aushilfe von 50 % eingesetzt. Auch dieser zusätzliche Support ist aber nicht ausreichend. Weitere 40 Stellenprozente sind notwendig, um die Fachberatung und teilweise auch die Abteilungsleitung effektiv von administrativen Arbeiten entlasten zu können. Das bedeutet, dass die bisherige Aushilfsstelle von 50 % in eine definitive Stelle umzuwandeln ist und zusätzlich 40 Stellenprozente neu zu schaffen sind. 20 % können durch das Verschieben von voraussichtlich intern frei werdenden Stellenprozenten aufgefangen werden.

Diesem Bestreben kommt der vom Regierungsrat im Februar 2009 gefasste Beschluss (RRB) zum Anteil des administrativen Personals in der Sozialberatung entgegen. Der Regierungsrat hat beschlossen, dass die Gemeinden neu einen höheren Besoldungsanteil für administratives Personal in die Lastenverteilung Fürsorge einbeziehen können. Bisher war es möglich, pro Vollzeitstelle Fachpersonal 30 % für Administrativpersonal abzurechnen. Nun wird der Anteil von 30 % auf 50 % erhöht. Für Ittigen heisst das, dass zusätzlich rund Fr. 130'000.– Lohnkosten für administratives Personal über die Lastenverteilung Fürsorge abgerechnet werden können.

Alimenteninkasso – Die Fälle sind auch in diesem Bereich angestiegen. Den Inkassomassnahmen die nötige Beachtung zu schenken, ist nicht mehr möglich. Die Geschäftsprüfungskommission hat bereits mehrmals auf diese Situation hingewiesen. Auch die externe Überprüfung der Stellensituation hat die Unterkapazität bestätigt und Handlungsbedarf aufgezeigt. Um die grössten Pendenzen aufzuarbeiten, war teilweise temporäres Personal eingesetzt. Geplant ist nun, dieser unbefriedigenden Situation mit zusätzlichen personellen Ressourcen im Umfange von 40 % zu begegnen.

Im Rahmen der Vorabklärungen wurde geprüft, ob es allenfalls möglich wäre, das Alimenteninkasso auszulagern, also an gemeinnützige Dritte zu übertragen. Dies ist aufgrund der gesetzlichen Bestimmungen möglich. Aus Kostengründen will der Gemeinderat jedoch von dieser Lösung absehen.

Abteilung Bau
Bestehende personelle Ressourcen Bereich Tiefbau: 100 %
Vorgesehene Erhöhung ab 2010: + 100 % auf ***200 %***

Seit über 30 Jahren werden die operativen Arbeiten des Brunnenmeisters im Auftragsverhältnis von Hans Marti, Planungsbüro für Wasser und Sanitär, Ittigen, erledigt. Der Auftrag umfasst zu rund 60 % Aufgaben des Brunnenmeisters, zu 40 % das Nachführen von Plänen sowie Projektierungsaufgaben. Geleitet wird die Wasserversorgung durch den Bereichsleiter Tiefbau und Gemeindebetriebe. Dieser ist gleichzeitig stellvertretender Abteilungsleiter Bau. Um die Stellvertretung effektiv wahrnehmen zu können, fehlen dem Bereichsleiter Tiefbau und Gemeindebetriebe jedoch die notwendigen Ressourcen. Dies hat dazu geführt, dass sich in der Leitung der Abteilung Bau und im Bereich Tiefbau und Gemeindebetriebe übermässige, nicht bezogene Überzeiten und Ferienguthaben angehäuft haben.

Ausgehend von dieser Situation und im Hinblick auf die Pensionierung von Brunnenmeister Hans Marti, wurde auch der Bereich Tiefbau und Gemeindebetriebe von der BDO Visura einer Analyse unterzogen. Diese hat ergeben, dass es zweckmässig wäre, die Aufgaben des Brunnenmeisters zukünftig betriebsintern zu lösen. Das heisst, im Bereich Tiefbau und Gemeindebetriebe eine zusätzliche 100 % Stelle für eine/n technische/n Mitarbeiter/in zu schaffen. Damit wäre es zusätzlich möglich, die heute fehlende effektive Stellvertretung für den Bereichsleiter Tiefbau und Gemeindebetriebe sicher zu stellen.

Geplant ist, dem bzw. der technischen Mitarbeiter/in die Arbeiten des Brunnenmeisters zu übertragen. Zusätzlich müsste er bzw. sie den Bereichsleiter Tiefbau und Gemeindebetriebe mit folgenden Arbeiten entlasten:

- Leitung und Verantwortung für die Gemeinschaftsantennenanlage (GGA) und die Abwasserentsorgung
- Oberbauleitung bei Projekten der Wasserversorgung, der GGA und der Abwasserentsorgung
- Mitarbeit im Wasserverbund Region Bern.

Durch den Übertrag der Aufgaben an den bzw. die neue/n Mitarbeiter/in könnte der Bereichsleiter Tiefbau und Gemeindebetriebe die Aufgaben als stellvertretender Abteilungsleiter effektiv wahrnehmen und sich zusätzlich um komplexere Verkehrsfragen mit planerischen und baulichen Aspekten kümmern. Seine Stellvertretung wäre zudem wirklich gewährleistet.

Zusammenfassung

Zusammengefasst ergibt sich folgender Stellenbedarf:

Abteilung	**Bereich**	**Massnahmen**	**Prozente**
Soziales	Alimenteninkasso, Support Fachpersonal	Bereitstellen der für das Alimenteninkasso und den Support des Fachpersonals notwendigen Ressourcen (bisher 40 %)	80
	Dienstleistungen, Support Fachpersonal	Umwandlung der bisherigen Aushilfsstellen Support Fachpersonal in definitive Stellen	50
	Sozialberatung	Umwandlung der bisherigen Aushilfsstelle Fachberatung in definitive Stelle	80
	Total		**210**
		Interne Verschiebung von Stellenprozenten	– 20
	Total	**Erhöhung Stellenetat z. G. Abteilung Soziales**	**190**
Bau	Tiefbau und Gemeindebetriebe	Schaffen einer neuen Stelle «technische/r Sachbearbeiter/in»	100
TOTAL ERHÖHUNG STELLENETAT			**290**

Finanzielle Auswirkungen

Die beantragte Erhöhung des Stellenetats um 2,9 Stellen wirkt sich wie folgt auf den Finanzhaushalt aus:

Abteilung	Massnahme / Bereich	Bemerkungen	Entlastungen / Mehrkosten
Soziales	Alimenteninkasso / Support Fachberatung: Bereitstellen zusätzlicher Ressourcen	Von den 80 neuen Stellenprozenten verursachen lediglich 40 % für das Alimenteninkasso Mehrkosten. Dies weil – 20 % intern verschoben werden und bereits in der laufenden Rechnung enthalten sind. – 20 % nach RRB neu in die Lastenverteilung Fürsorge einbezogen werden können. Durch den Kanton erfolgt eine Rückfinanzierung. 40 % werden die laufende Rechnung zusätzlich belasten.	+ 50'000
	Support Fachpersonal: Umwandlung der Aushilfestelle	Die Aushilfestelle von 50 % für den Support ist seit 2007 in der laufenden Rechnung enthalten. Durch den RRB ist es möglich, die Lohnkosten über den Lastenausgleich Fürsorge abzurechnen. Das heisst, der Aufwand wird neu durch den Kanton rückfinanziert. Die Gemeinderechnung wird entlastet.	– 60'0000
	Sozialberatung: Umwandlung der bisherigen Aushilfestellen	50 der umzuwandelnden 80 % sind bereits kostenneutral. Das heisst, die Bewilligung zum Einbezug der Personalkosten in die Lastenverteilung Fürsorge liegt bereits vor. Die Kosten werden vom Kanton rückfinanziert. Der Einbezug der restlichen 30 % in die Lastenverteilung Fürsorge ist noch nicht bewilligt. Von einer Bewilligung kann aufgrund der Fallzahlen aber ausgegangen werden. Würde die Bewilligung verweigert, würden der Gemeinde Mehrkosten von rund Fr. 40'000.– erwachsen. Davon ist jedoch nicht auszugehen.	0

Bau	Tiefbau und Gemeindebetriebe: neue Stelle technischer Sachbearbeiter	Die neue Stelle verursacht zusätzliche Personalkosten im Umfange von rund Fr. 110'000.–. Durch die Integration der Aufgaben des Brunnenmeisters in die Abteilung Bau, wird sich im Bereich der Honorare eine Entlastung von rund Fr. 70'000.– ergeben. Das heisst, durch Neuschaffung der Stelle entstehen Mehrkosten von netto rund Fr. 40'000.–. Die Honorarkosten des Brunnenmeisters wurden bisher zulasten der Spezialfinanzierung Wasser finanziert. Auch die beantragte neue Stelle wird nicht den allgemeinen Finanzhaushalt der Gemeinde belasten. Der gesamte Personalaufwand wird verschiedenen spezialfinanzierten Bereichen (Wasser, Abwasser, GGA) belastet werden können, da geplant ist, dem / der neuen technischen Mitarbeiter / in ausschliesslich Aufgaben aus spezialfinanzierten Bereichen zu übertragen.	+ 40'000
TOTAL MEHRKOSTEN			**+ 30'000***

* Ein Teil der gesamten Mehrkosten von Fr. 30'000.– wird zulasten der Spezialfinanzierungen Wasser, Abwasser und GGA finanziert. Ausserordentliche Mehrkosten ergeben sich noch im Übergangsjahr 2010, weil das Überführen der Aufgaben des Brunnenmeisters in den Bereich Tiefbau und Gemeindebetriebe nur schrittweise erfolgen kann. Diese Kosten sind im Betrag von Fr. 30'000.– nicht enthalten.

Stellungnahme der Geschäftsprüfungskommission
Die GPK hat die von neutraler Stelle fundiert untersuchten Gründe für ein massvolles Erhöhen des Stellenetats nachvollzogen. Insbesondere in der Abteilung Soziales hat die GPK aufgrund gewisser Unterkapazitäten bereits Handlungsbedarf festgestellt. Die damit verbundenen finanziellen Auswirkungen mit transparent ausgewiesenen Mehrkosten stuft die GPK als angemessen ein.

Antrag des Gemeinderats
Der Erhöhung des Stellenetats um 2,9 Stellen auf total 60,9 Stellen ist zuzustimmen.

3. **Kreditabrechnung «Schulen an das Gemeindenetz»** – Kenntnisnahme

Bereits in den Jahren 2004 und 2005 wurden diverse Strategien zur künftigen Informatikstruktur der Ittiger Schulen diskutiert. In der Folge bewilligte der Gemeinderat im Mai 2006 einen Verpflichtungskredit von Fr. 12'000.– zum Erarbeiten einer Expertise. Diese hat ergeben, dass es sinnvoll und zweckmässig wäre, die ICT-Infrastruktur der Schulen in das Informatikzentrum der Gemeinde (IZ) einzubinden. Da das Projekt Gebäude- und Inhouse-Verkabelungen sowie Leitungsergänzungen in grösserem Umfange erforderte, war für das Realisieren ein Beschluss der Gemeindeversammlung notwendig.

Das Geschäft wurde den Stimmberechtigten am 04. 09. 2007 zum Beschluss vorgelegt. Beantragt wurden ein Verpflichtungskredit von Fr. 440'000.– zulasten der Investitionsrechnung und ein Aufstocken des Stellenetats um 100 % auf 58 Vollzeitstellen. Der beantragte Kredit wurde durch die Gemeindeversammlung um Fr. 20'000.– auf Fr. 460'000.– erhöht. Dies, um den Einsatz von W-LAN aus dem Projekt ausschliessen zu können. Die Eltern wollten ihren Kindern eine zusätzliche Strahlenbelastung in der Schule ersparen.
Der zusätzlichen 100 % Stelle im Bereich Informatik wurde ebenfalls zugestimmt.

In der Zwischenzeit sind mit Ausnahme der Kindergärten alle Schulstandorte mit dem IZ der Gemeinde vernetzt.

Das neue System stellt die notwendigen Lernprogramme und Tools für die Schulen in qualitativ hochstehender Weise bereit. Ob im Schulzimmer, zu Hause oder von unterwegs: die mit einem G/On-Access- und Security-Token ausgestatteten Lehrpersonen können von extern jederzeit auf das Netzwerk sowie auf Daten und Applikationen zugreifen. Die maximale Sicherheit ist dabei auf dem gesamten Netz der Schule gewährleistet. Für die Schülerinnen und Schüler steht eine vielseitig einsetzbare moderne ICT-Infrastruktur bereit.

Die Kreditabrechnung weist eine geringfügige Überschreitung aus. Sie schliesst wie folgt ab:

Verpflichtungskredit	**Ausgaben**	**Kreditüberschreitung**
460'000.–	460'607.35	607.35

Stellungnahme der Geschäftsprüfungskommission
Die Geschäftsprüfungskommission hat die Kreditabrechnung genehmigt.

Die Kreditabrechnung ist zur Kenntnis zu nehmen. Ein Beschluss wird nicht gefasst.

4. Verschiedenes

Zertifiziertes Managementsystem
SQS
ISO 14001

Top Recycling aus 100 % Altpapier ohne optische Aufheller